

Satzung der SG Sportfreunde Johannisthal 1930 e.V.

§ 1 Name, Sitz, Stellung

- (1) Der Verein führt den Namen

"SG Sportfreunde Johannisthal 1930 e.V."

und hat seinen Sitz in Berlin.

- (2) Der Verein strebt die Mitgliedschaft in den Fachverbänden des Landessportbundes Berlin, deren Sportarten im Verein betrieben werden, an und anerkennt deren Satzungen und Ordnungen.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (4) Der Verein wird in Fortsetzung der SG Sportfreunde Johannisthal, gegründet 1930 in Berlin, zur Eintragung in das Vereinsregister angemeldet.

§ 2 Zweck, Aufgaben und Grundsätze der Tätigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung und zwar durch Ausübung des Sports. Der Zweck wird insbesondere durch die Förderung und Ausübung des Sports in den Abteilungen Fußball, Gymnastik. und Kegeln verwirklicht.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Die Organe des Vereins (§ 8) üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.
- (4) Die dem Verein zufließenden Mittel dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile in ihrer Eigenschaft als Mitglieder und auch sonst keine Zuwendung aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

- (5) Der Verein wahrt parteipolitische Neutralität. Er räumt den Angehörigen aller Völker und Rassen gleiche Rechte ein und vertritt den Grundsatz religiöser und weltanschaulicher Toleranz.

§ 3 Gliederung

- (1) Für jede im Verein betriebene Sportart ist eine eigene Abteilung zu gründen. Der Nachwuchsbereich bildet eine eigenverantwortliche Abteilung.
- (2) Die Abteilungen führen und verwalten sich auf der Grundlage der Satzung selbständig. Sie entscheiden über die Verwendung der ihnen zufließenden Mittel in eigener Zuständigkeit unter Beachtung der mit der Mittelgewährung gegebenen Verwendungshinweise.
- (3) Die Abteilungen beschließen auf der Grundlage der Satzung eigene Arbeitsordnungen.

§ 4 Mitgliedschaft

Der Verein besteht aus:

- (1) den volljährigen Mitgliedern
 - a. aktive Mitglieder, die sich im Verein sportlich betätigen
 - b. passive Mitglieder, die den Sport im Verein unterstützen, aber nicht selbst betreiben,
 - c. fördernden Mitgliedern;
 - d. Ehrenmitgliedern.
- (2) den jugendlichen Mitgliedern, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

§ 5 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

- (1) Dem Verein kann jede natürliche Person als Mitglied angehören.
- (2) Die Mitgliedschaft ist schriftlich unter Anerkennung der Vereinssatzung zu beantragen. Über die Aufnahme entscheiden die Abteilungen. Im Falle einer Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, ist die Berufung an die

Mitgliederversammlung durch den Antragsteller zulässig. Die Mitgliederversammlung entscheidet endgültig. Bei Aufnahmeanträgen Minderjähriger ist die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter erforderlich.

- (3) Die Mitgliedschaft endet durch:
- a) Austritt
 - b) Ausschluss
 - c) Tod.
- (4) Der Austritt ist jeweils zum 31.12. eines Jahres mittels schriftlicher Erklärung gegenüber der jeweiligen Abteilung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten möglich. Eine Aufhebung der Mitgliedschaft in beiderseitigem Einvernehmen ist jederzeit mit Zustimmung des Vorstandes möglich.
- (5) Ein Mitglied kann vom Vorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden wegen:
- a) erheblicher Verletzung satzungsmäßiger Verpflichtungen;
 - b) Zahlungsrückstandes von Beiträgen von mehr als einem Jahresbeitrag, trotz Mahnung
 - c) schweren Verstoßes gegen die Interessen des Vereins oder groben unsportlichen Verhaltens;
 - d) unehrenhaften Handlungen.

In den Fällen a), c) und d) ist vor der Entscheidung dem Betroffenen die Gelegenheit zu geben, sich zu rechtfertigen. Es ist zu der Verhandlung des Vorstandes über den Ausschluss unter Einhaltung einer Frist von mindestens 10 Tagen schriftlich zu laden.

Die Frist beginnt mit dem Tage der Absendung. Die Entscheidung bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Im Falle des Ausschlusses soll sie dem Ausgeschlossenen per eingeschriebenen Brief übersendet werden.

Gegen die Entscheidung ist die Beschwerde an den Vorstand zulässig. Die Beschwerde ist binnen drei Wochen nach Zustellung der Entscheidung schriftlich einzulegen.

Die Mitgliederversammlung entscheidet endgültig.

- (6) Bei Beendigung der Mitgliedschaft bleiben die Beitragspflicht bis zum Ende der Mitgliedschaft und sämtliche sonstige Verpflichtungen gegenüber dem Verein bestehen.
- (7) Ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf Anteile aus dem Vermögen des Vereins. Andere Ansprüche eines ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Mitglieds müssen binnen sechs Monaten nach der Beendigung der Mitgliedschaft durch eingeschriebenen Brief schriftlich dargelegt und geltend gemacht werden.

§ 6 Rechte und Pflichten

- (1) Jedes Mitglied ab Vollendung des 18. Lebensjahres hat Antrags- und Stimmrecht in der Mitgliederversammlung.
- (2) Die Mitglieder des Vereins haben das Recht, jederzeit an den Vorstand Anträge zu richten. Schriftliche Anträge sind spätestens sieben Tage vor dem Versammlungstermin beim 1. Vorsitzenden einzureichen, mündliche Anträge während der Versammlung bedürfen zu ihrer Zulassung der Zustimmung durch Mehrheitsbeschluss.
- (3) Die Mitglieder sind unter Beachtung der von den Abteilungen beschlossenen Ordnungen berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen sowie die Gemeinschaftsanlagen zu nutzen.

§ 7 Maßregelung

- (1) Gegen Mitglieder, die gegen diese Satzung oder gegen Beschlüsse der Abteilungen, des Vorstandes oder der Mitgliederversammlung verstoßen oder sich eines Verstoßes gegen die Interessen des Vereins oder eines unsportlichen Verhaltens schuldig machen, können nach vorheriger Anhörung vom Abteilungsleiter folgende Maßregelungen verhängt werden:
 - a. Verweis
 - b. Verbot der Teilnahme am Sportbetrieb und den Veranstaltungen des Vereins auf die Dauer von bis zu vier Wochen

- (2) Der Bescheid über die Maßregelung, die gegenüber Ehrenmitgliedern nicht zulässig ist, ist per eingeschriebenen Brief zuzustellen. Dem betroffenen Mitglied steht das Recht zu, gegen diese Entscheidung binnen zwei Wochen nach Zugang den Beschwerdeausschuss des Vereins anzurufen.

§ 8 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

- a. die Mitgliederversammlung
- b. der Vorstand
- c. der Beschwerdeausschuss

§ 9 Die Mitgliederversammlung

- (1) Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung. Diese ist zuständig für
- a. die Entgegennahme der Berichte des Vorstandes
 - b. Entgegennahme des Berichtes der Kassenprüfer
 - c. Entlastung und Wahl des Vorstandes
 - d. Wahl des Kassenprüfers
 - e. Umlagen für gemeinnützige Aufwendungen nach § 13
 - f. Genehmigung des Haushaltsplanes
 - g. Satzungsänderungen
 - h. Beschlussfassung über Anträge an die Hauptversammlung
 - i. Entscheidung über die Beschwerde gegen den ablehnenden Entscheid der Abteilung nach § 5 Abs.2
 - j. Beschwerde gegen den Ausschluss eines Mitgliedes nach § 5 Abs.5
 - k. Ernennung von Ehrenmitgliedern nach § 12
 - l. Wahl der Mitglieder von satzungsgemäß vorgesehenen Ausschüssen
 - m. Auflösung des Vereins
- (2) Die wichtigste Mitgliederversammlung ist die Hauptversammlung. Die Hauptversammlung findet mindestens einmal jährlich statt; sie soll im I. Quartal durchgeführt werden.

- (3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen mit entsprechender schriftlicher Tagesordnung einzuberufen, wenn es
- a. der Vorstand beschließt oder
 - b. 20 von Hundert der volljährigen Mitglieder verlangen

Außerordentliche Mitgliederversammlungen bedürfen nicht der Ankündigung nach §9 Abs.4.

- (4) Die ordentliche Mitgliederversammlung ist zwei Wochen vor ihrer Einberufung anzukündigen. Bis zu ihrer Einberufung können Anträge zur Tagesordnung schriftlich an den Vorstand gestellt werden. Für die Art der Veröffentlichung der Ankündigung gilt § 9 Abs.5 entsprechend.
- (5) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt mittels Veröffentlichung durch Aushang in der Gaststätte "Sportheim", Winckelmannstr.52 in 12487 Berlin und an der Aushangtafel auf dem Hauptsportplatz der Abteilung Fußball oder durch Anzeige in der örtlichen Tagespresse. Zwischen dem Tag der Veröffentlichung und dem Termin der Versammlung muss eine Frist von mindestens zwei Wochen, höchstens aber sechs Wochen liegen. Mit der Einberufung der Mitgliederversammlung ist die Tagesordnung bekannt zu geben, Anträge auf Satzungsänderungen müssen in der Tagesordnung wörtlich wiedergegeben werden.
- (6) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, Bei Beschlüssen und Wahlen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Satzungsänderungen erfordern mindestens eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Wahlen muss eine geheime Abstimmung erfolgen, wenn dieses 5 von Hundert der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder verlangen.
- (7) Die Mitgliederversammlung kann mit einer Zweidrittelmehrheit beschließen, dass ein verspätet eingegangener Antrag als Dringlichkeitsantrag behandelt werden soll. In diesem Fall wird der Dringlichkeitsantrag zusätzlich in die Tagesordnung

aufgenommen. Dringlichkeitsanträge auf Satzungsänderung sind ausgeschlossen.

- (8) Über die Mitgliederversammlung ist ein Ergebnisprotokoll zu fertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 10 Aktives und passives Wahlrecht

- (1) Geschäftsfähige Mitglieder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, besitzen das aktive und passive Wahlrecht.
- (2) Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.
- (3) Mitglieder, die die Voraussetzungen des § 10 Abs.1 nicht erfüllen, können an der Mitgliederversammlung als Gäste teilnehmen.

§ 11 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind:
 - a. der 1. Vorsitzende
 - b. der 2. Vorsitzende
 - c. der Kassenwart.

Der Vorstand wird durch jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinschaftlich gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

- (2) Der Vorstand führt die Geschäfte im Sinne der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden bzw. bei dessen Abwesenheit die Stimme seines Vertreters, des 2. Vorsitzenden. Der Vorstand ordnet und überwacht die Tätigkeit der Abteilungen und berichtet der Mitgliederversammlung über seine Tätigkeit. Der Vorstand ist berechtigt, zu bestimmten Zwecken Ausschüsse einzurichten. Er kann verbindliche Ordnungen erlassen.
- (3) Der 1. Vorsitzende leitet die Mitgliederversammlung. Er kann ein anderes Vorstandsmitglied mit der Leitung beauftragen.

- (4) Der Vorstand wird für jeweils zwei Jahre gewählt, bleibt aber bis zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt.
- (5) Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes hat der Vorstand das Recht, ein Mitglied des Vereins bis zur nächsten Mitgliederversammlung als vorläufiges Vorstandsmitglied zu berufen.
- (6) Der Vorstand ist berechtigt Anträge an die Mitgliederversammlung zu stellen.

§ 12 Ehrenmitglieder

Personen, die sich um den Verein besonders verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Die Ernennung bedarf der Zweidrittelmehrheit. Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Lebenszeit.

§ 13 Finanzierung

- (1) Der Verein erhebt eine Aufnahmegebühr, deren Höhe vom Vorstand beschlossen wird.
- (2) Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wird von den Mitgliederversammlungen der Abteilungen beschlossen.
- (3) Für gemeinnützige Aufwendungen können Umlagen von den Abteilungen erhoben werden, deren Höhe durch die Mitgliederversammlung zu beschließen ist.

§ 14 Beschwerdeausschuss

Der Beschwerdeausschuss besteht aus drei volljährigen Mitgliedern, die nicht dem Vorstand angehören dürfen. Er wird jeweils für zwei Jahre gewählt.

§ 15 Kassenprüfer

- (1) Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von zwei Jahren zwei Kassenprüfer, die nicht Mitglied des Vorstandes oder des Beschwerdeausschusses sein dürfen.

- (2) Die Kassenprüfer haben die Kasse des Vereins einschließlich aller Bücher und Belege mindestens einmal im Geschäftsjahr sachlich und rechnerisch zu prüfen und dem Vorstand schriftlich Bericht zu erstatten.
- (3) Die Kassenprüfer erstatten der Hauptversammlung einen Prüfungsbericht und beantragen bei ordnungsgemäßer Führung des Kassengeschäftes die Entlastung des Kassenwartes und des übrigen Vorstandes.

§ 16 Auflösung

- (1) Über die Auflösung des Vereins entscheidet eine hierfür besonders einzuberufende Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall des Zwecks gemäß § 2 dieser Satzung fällt das Vermögen des Vereins, soweit es Ansprüche aus Darlehensverträgen mit Mitgliedern übersteigt, dem Landessportbund Berlin e.V. zu, der es unmittelbar und ausschließlich für die in § 2 dieser Satzung aufgeführten Zwecke zu verwenden hat.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung ist in der vorliegenden Form auf der Mitgliederversammlung am 16.8.1991 beschlossen worden. Sie tritt mit ihrer rechtskräftigen Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. Bis zu dieser Eintragung wird diese Satzung entsprechend angewendet.

gez. Fritz Höltz, gez. Dirk Wachholz, gez. Hannelore Wachholz, gez. Wolfgang Schuck, gez. Kathrin Wachholz, gez. Horst Friese, gez. Horst Wachholz

Anmerkung: Der Verein wurde auf Grundlage vorstehender Satzung am 31. Juli 1992 in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg unter der Registernummer 12581 Nz eingetragen. Die Postleitzahl wurde aufgrund der Postleitzahlenumstellung am 1. Juli 1993 von 0-1197 Berlin in 12487 Berlin berichtigt, der Text wurde den Regelungen der aktuellen deutschen Rechtschreibung überarbeitet.